European Economic and Social Committee | Comité économique et social européen

ZEITRAUM 2023 2025

BERICHT ZUM MANDATSENDE

AD-HOC-GRUPPE „EUROPÄISCHES SEMESTER“

DIREKTION C – LEGISLATIVÄTIGKEIT

Vorsitzender: Luca JAHIER

Einleitende Worte

Die 2018 gegründete Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ (ESG – European Semester Group) hat ihr Mandat erfolgreich ausgeübt. Während des laufenden Mandats hat die Gruppe weiterhin auf nationaler Ebene Konsultationen vor Ort durchgeführt und in verschiedenen Mitgliedstaaten Runde Tische ausgerichtet sowie an nationale Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft Fragebögen übermittelt. Sie hat einen Mehrwert zu den Kernaktivitäten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses beigetragen, indem sie für die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Berichten Sorge trägt, die politische Impulse für den Prozess des Europäischen Semesters liefern und es ermöglichen, dass die Stimme der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft der EU auf europäischer Ebene Gehör findet.

Die Arbeit der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ hat im Laufe der Jahre immer mehr an Bedeutung gewonnen und ist nach wie vor von großer Relevanz, insbesondere angesichts der wachsenden Rolle des Europäischen Semesters als wichtiges Instrument für die EU-weite integrierte Überwachung und Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten.

Die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ hat dazu beigetragen, den Mehrwert des EWSA in seiner Rolle als Sprachrohr der organisierten Zivilgesellschaft in Europa zu steigern, indem sie konkrete Forderungen und Vorschläge der organisierten Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit dem jährlichen Zyklus des Europäischen Semesters formuliert sowie fundierte politische Empfehlungen ausgearbeitet und an die Unionsorgane und nationalen Regierungen weitergeleitet hat.

Das Zusammenspiel zwischen der europäischen Ebene und der Ebene der Mitgliedstaaten steht im Mittelpunkt des Europäischen Semesters. Die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ hat es dem EWSA ermöglicht, diese beiden Ebenen miteinander zu verbinden, indem sie den Dialog gefördert und den Austausch zwischen den EWSA-Mitgliedern, den Interessenträgern und, soweit möglich, den nationalen Wirtschafts- und Sozialräten intensiviert hat, was dank der jährlichen Konsultationen der Ad-hoc-Gruppe in den 27 Mitgliedstaaten zu einem wachsenden Interesse und zu Ergebnissen im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester geführt hat.

Darüber hinaus hat die Ad-hoc-Gruppe jedes Jahr fünf Sitzungen mit ihren 39 Mitgliedern sowie eine große Jahreskonferenz am Sitz des EWSA abgehalten, an der wichtige Akteure aus der organisierten Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, den nationalen Verwaltungen und den Organen und Einrichtungen der Union teilnahmen.

Die Arbeit der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ wird auch in Zukunft von entscheidender Bedeutung für den EWSA sein, insbesondere wenn es darum geht, angesichts der anhaltenden geopolitischen und sozioökonomischen Herausforderungen

fundierte Empfehlungen für eine integrative und widerstandsfähige Wirtschaft der EU zu formulieren. Das Europäische Semester wird weiterhin eine immer wichtigere Rolle einnehmen und eine unverzichtbare Plattform für die Koordinierung wichtiger politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene bleiben. Um den Erfolg der Bemühungen zur Stärkung und Reform der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen, ist die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Luca Jahier

Vorsitzender der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“

Inhaltsverzeichnis

Einleitende Worte 2
Gruppe „Europäisches Semester“ 5
Veranstaltungen und Sitzungen 5
Stellungnahmen 6
Länderbesuche 8
Ergebnisse und Ausblick 13
Anhang – Wichtige Statistiken 15

Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“

Im Jahr 2018 hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ ins Leben gerufen, um der wachsenden Bedeutung des Europäischen Semesters Rechnung zu tragen. Es handelt sich um eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe mit 39 Mitgliedern, die die Arbeit der Fachgruppen des EWSA unterstützt und fördert. Der Schwerpunkt liegt auf der Behandlung der Vorschläge der europäischen Zivilgesellschaft zur Wirtschafts-, Steuer-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, um so einen kontinuierlichen Beitrag des EWSA zum jährlichen Zyklus des Europäischen Semesters sicherzustellen. Von 2018 bis 2020 wurde das Europäische Semester an die Veränderungen im politischen Umfeld angepasst, indem die europäische Säule sozialer Rechte und der europäische Grüne Deal einbezogen wurden. Von 2020 bis 2023 wurden die Erholung nach der COVID-19-Krise und die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Energiekrise in den Rahmen für die makroökonomische Steuerung integriert. Von 2023 bis 2025 wurde das Europäische Semester als Reaktion auf das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Legislativpaket weiterentwickelt, mit dem der EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung reformiert werden soll, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und sie besser auf künftige Herausforderungen vorzubereiten, indem Fortschritte auf dem Weg zu einer grünen, digitalen, inklusiven und widerstandsfähigen Wirtschaft unterstützt werden.

Die Tätigkeit der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ lässt sich grob in drei Kategorien einteilen: Veranstaltungen und Sitzungen, Stellungnahmen, Informations- und Bewertungsberichte sowie Länderbesuche.

Veranstaltungen und Sitzungen

Die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ hat Sitzungen ausgerichtet, an denen häufig hochrangige Vertreter der Kommission, Mitglieder des Europäischen Parlaments und Mitglieder nationaler Wirtschafts- und Sozialräte teilgenommen haben. Im Laufe der Zeit haben sich Zweck und Schwerpunkt dieser Sitzungen weiterentwickelt, um den sich wandelnden politischen Prioritäten und strategischen Zielen der Union Rechnung zu tragen. Neben den Diskussionen über die jährlichen Dokumente des Europäischen Semesters wie die Herbst- und Frühjahrspakete sowie die Wirtschaftsprognosen der Europäischen Kommission

wird den folgenden Tagesordnungspunkten immer mehr Bedeutung beigemessen: „Die Überarbeitung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung", „Verfahren des Europäischen Semesters", „Die Aufbau- und Resilienzfazilität", „Die mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne", „Der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit" und „Nachhaltiges und inklusives Wohlergehen".

Zusätzlich zu den Sitzungen hat die ESG drei Jahreskonferenzen abgehalten, um die Diskussionen über Politik und Strategie zu bestimmten Themen, die für das Europäische Semester von Bedeutung sind, zu unterstützen. Auf den Konferenzen wurden folgende Themen behandelt:

- *„Ein demokratischeres und partizipativeres Europäisches Semester im Kontext der Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung" (2023),*
- *„Stärkung des Europäischen Semesters zur Unterstützung von Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten, um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum nachhaltig zu fördern" (2024) und*
- *„Ein stärkeres und integrativeres Europäisches Semester, das für alle funktioniert: Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit, des nachhaltigen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit Europas" (2025).*

Stellungnahmen

Im jährlichen Herbstpaket des Europäischen Semesters legt die Kommission im November die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der EU für das kommende Jahr fest. Der Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum war ursprünglich eine der wichtigsten Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang und das Instrument, mit dem die Kommission diese Prioritäten erreichen wollte. Im Jahr 2024 veröffentlichte die Kommission jedoch zum ersten Mal keinen Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum. Während des laufenden Mandats wurden drei Stellungnahmen[1] des EWSA zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum sowie Stellungnahmen[2] zu den Themen „Europäisches Semester 2025 – Herbstpaket" und „Ergänzende Überlegungen zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf das Europäische Semester 2025" ausgearbeitet, wodurch die Zivilgesellschaft Einfluss auf die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der Europäischen Union nehmen konnte.

In den Stellungnahmen zur Strategie für nachhaltiges Wachstum wurde der Schwerpunkt insbesondere auf die Erholung nach der COVID-19-Krise und die Umsetzung der ARF sowie

---

1 ECO/620 Ergänzende Überlegungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023, ECO/634 Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2024, ECO/649 Ergänzende Überlegungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2024.

2 ECO/657 Europäisches Semester 2025 – Herbstpaket, ECO/674 Ergänzende Überlegungen zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf das Europäische Semester 2025.

auf die Überarbeitung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung und die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft und anderer relevanter Interessenträger gelegt. Weitere Schwerpunkte waren die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung von Reformen und Investitionen sowie die Förderung einer grünen, digitalen, integrativen und widerstandsfähigen Wirtschaft in der EU. In diesen Stellungnahmen

- *unterstützte der EWSA den Vorschlag im Legislativpaket der Europäischen Kommission zur Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung, mit dem darauf abgezielt wird, durch Haushalts- und Strukturpläne, die auf Kompromissen zwischen den europäischen und den nationalen Stellen beruhen, differenzierte nationale Wege zur Sicherstellung tragfähiger öffentlicher Finanzen festzulegen. Allerdings vertrat der EWSA auch die Auffassung, dass die nationale Eigenverantwortung für diese Verpflichtungen eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die Beteiligung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft im Rahmen formeller Konsultationsprozesse erfordert (ECO/620 – 10/2023);*
- *sprach sich der EWSA angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen und Wachstumsprobleme der Mitgliedstaaten für eine Haushaltskonsolidierung aus, die der besonderen Situation eines jeden einzelnen Mitgliedstaats Rechnung trägt. Dabei betonte der EWSA ferner, dass mutigere Maßnahmen zum Abbau administrativer Hindernisse, die EU-Unternehmen und andere Interessenträger behindern, erforderlich sind und gleichzeitig Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität unterstützt werden müssen (ECO/634 – 2/2024);*
- *forderte der EWSA die rasche Umsetzung des Deals für eine saubere Industrie und des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, um mit diesen Initiativen sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Umweltziele zu unterstützen. Der EWSA forderte ferner eine sorgfältige Abwägung zwischen Defizitabbau und Aufrechterhaltung der Investitionskapazität, vor allem für Bereiche wie den grünen und den digitalen Wandel, die für langfristiges Wachstum von entscheidender Bedeutung sind, sowie weitere Investitionen in saubere Technologien und kritische Rohstoffe. Der EWSA empfahl, eine Verlängerung der Laufzeit der ARF zu erwägen und die technische Unterstützung zu verstärken, um sicherzustellen, dass die Mittel vollständig ausgeschöpft werden und damit nachhaltiges Wachstum optimal gefördert wird (ECO/649 – 10/2024);*
- *bedauerte der EWSA es zutiefst und fand es unbegreiflich, dass die Europäische Kommission angesichts der globalen politischen, sozialen und wirtschaftlichen*

Turbulenzen beschlossen hat, den Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum nicht zu veröffentlichen. Er begrüßte die Bemühungen der Kommission, den Umsetzungszyklus des neuen Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung einzuleiten, und stimmte dem Vorschlag der Kommission zu, den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg zu bringen. Er vertrat die Auffassung, dass die Investitionen aus öffentlichen und privaten, nationalen und europäischen Mitteln finanziert werden müssen. Darüber hinaus nahm er den Vorschlag der Kommission zur Kenntnis, die länderspezifischen Empfehlungen auf eine bessere Umsetzung der Reformen und Investitionen im Rahmen der ARF und des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) auszurichten, da beide in Kürze (2026 bzw. 2027) auslaufen werden (ECO/657 – 2/2025); und

- *er befürwortete die beiden wichtigsten politischen Prioritäten des Frühjahrspakets 2025 des Europäischen Semesters, nämlich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Verteidigungsfähigkeiten. Er unterstützte das Hauptziel, die Investitionen und Reformen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne bis 2026 umzusetzen. Zudem vertrat der EWSA die Auffassung, dass bis 2028 u. a. folgende Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen ergriffen werden müssen: Ausschöpfung aller Mittel aus der ARF mit den neuen Zielen und ggf. Verwendung ungenutzter Mittel für neue Investitionsprogramme für europäische öffentliche Güter; Schaffung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen; Stärkung der Darlehenskapazität der EIB zum Ausbau von InvestEU; eventuelle Verwendung von Mitteln aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus. Er bekräftigte außerdem seine Forderung nach einer ständigen und strukturierten Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft in die verschiedenen Phasen des Europäischen Semesters (ECO/674 – in Arbeit).*

Länderbesuche

Bereits 2018 startete die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ eine Initiative, in deren Rahmen die Mitgliedstaaten besucht und die politischen Standpunkte der Zivilgesellschaft zum Europäischen Semester eingeholt werden. Diese Besuche werden seitdem regelmäßig durchgeführt. Die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ ist der Auffassung, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern, der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern auf nationaler und EU-Ebene im Rahmen des Europäischen Semesters zu stärken, um eine bessere Politikgestaltung zu ermöglichen und eine wirksamere Umsetzung von Investitionen und

Reformen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang setzte die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ ihre Bemühungen fort, in den EU-Mitgliedstaaten jährliche Konsultationen der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte, der Sozialpartner und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft zu Fragen des Europäischen Semesters abzuhalten. Zu diesem Zweck wird ein Fragebogen erstellt, der die wichtigsten Prioritäten abdeckt, die während der einzelnen Zyklen des Europäischen Semesters erörtert werden. Die Beiträge aus den einzelnen Mitgliedstaaten werden unter der Verantwortung der „nationalen ESG-Delegationen“ vorbereitet und koordiniert, denen drei EWSA-Mitglieder angehören, die mit der Arbeit der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ befasst sind und jede der drei Gruppen vertreten. Die Konsultation erfolgt auf zweierlei Weise, und die nationalen ESG-Delegationen werden ersucht, entweder

a) den Fragebogen im Namen der organisierten Zivilgesellschaft in ihrem Mitgliedstaat selbst auszufüllen und dem Sekretariat ihre gemeinsame Antwort zu übermitteln oder relevante Personen und Organisationen zu ermitteln und sie aufzufordern, den Online-Fragebogen auszufüllen, anschließend die Antworten zusammenzufassen und dem Sekretariat eine einzige gemeinsame Antwort zu übermitteln; oder

b) in Zusammenarbeit mit den nationalen Wirtschafts- und Sozialräten oder gleichwertigen Gremien und den für das Europäische Semester zuständigen Bediensteten der Europäischen Kommission in ihrem Land einen Länderbesuch (auch als „Runder Tisch“ bezeichnet) zu organisieren. Der Bericht dieses Runden Tisches ist der Beitrag der nationalen ESG-Delegation.

*Initiativstellungnahme „**Empfehlungen des EWSA für eine gründliche Reform des Europäischen Semesters**“[3] – April 2023:*

- *Während des Zyklus des Europäischen Semesters 2022-2023 konsultierte die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft in 23 Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt der Stellungnahme standen die Folgemaßnahmen zu früheren Arbeiten zu den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen, die Standpunkte der organisierten Zivilgesellschaft zum Europäischen Semester und die wirtschaftspolitische Steuerung der EU.*
- *Der EWSA vertrat die Auffassung, dass eine Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten nur möglich ist, wenn politische, wirtschaftliche und soziale Akteure sowie nationale Parlamente und lokale und regionale Gebietskörperschaften konkret und strukturell in das Verfahren des Europäischen Semesters einbezogen werden. Er schlug daher vor, die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft im Rahmen eines strukturierten*

3 ECO/600 – Empfehlungen des EWSA für eine gründliche Reform des Europäischen Semesters – angenommen im April 2023.

formellen Konsultationsverfahrens einzubeziehen. In diesem Zusammenhang betonte der EWSA, dass die Grundsätze und allgemeinen Merkmale einer strukturierten und dauerhaften Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die verschiedenen Phasen des Europäischen Semesters in einer EU-Verordnung festgelegt werden sollten. Dabei ist zu beachten, dass es Sache der nationalen Gesetzgebung ist, die Verfahren und Gremien, in denen diese Konsultationen durchgeführt werden, genauer festzulegen und die Kriterien der Offenheit, Transparenz und Repräsentativität zu erfüllen. Der EWSA schlug ferner vor, das Europäische Semester zu reformieren, um dessen Transparenz und Demokratie, die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft und die Wirksamkeit seiner Funktionsweise zu stärken, und stellte fest, dass die bestehenden Indikatorensysteme überprüft, ergänzt und aufeinander abgestimmt werden müssen, um so die Bewertungsverfahren zu verbessern.

*Bewertungsbericht über die „**Halbzeitüberprüfung der Aufbau- und Resilienzfazilität**“[4] – September 2023*

- *Der EWSA hat diesen Bewertungsbericht erstellt, um einen Beitrag zur Halbzeitbewertung der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität durch die Europäische Kommission zu leisten. In dem Bericht werden die Ansichten der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Italien, Lettland, Portugal und Rumänien) zur Wirksamkeit, zur Relevanz und zum Mehrwert der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der ARF wiedergegeben. Auf der Grundlage der Ergebnisse von Informationsreisen und eines Online-Fragebogens werden in dem Bericht und dem dazugehörigen technischen Anhang die Ansichten der organisierten Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität in diesen Ländern seit 2021 zusammengetragen, analysiert und zusammengefasst. Mit dem Bericht und dem Anhang wird darauf abgezielt, den politischen Entscheidungsträgern wertvolle Beiträge zu liefern und das Verständnis der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Erfahrungen der Zivilgesellschaft und ihre Beteiligung an der Umsetzung der ARF zu verbessern.*
- *In diesem Bericht stellte der EWSA fest, dass die Umsetzung der ARF-Reformen in allen Ländern verbessert werden muss, indem klarere Leitlinien bereitgestellt, die Zusammenarbeit zwischen den Interessenträgern erleichtert und Hindernisse und Herausforderungen in verschiedenen Sektoren angegangen werden. Der EWSA forderte die Kommission und die nationalen Regierungen auf, Schritte zur Straffung der*

4 ECO/607 – Halbzeitbewertung der Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität – angenommen im September 2023.

Verfahren, zum Abbau von Bürokratie und zur Bereitstellung der erforderlichen Unterstützung zu unternehmen, um die rechtzeitige und effiziente Durchführung von Projekten sowie die Einhaltung der ARF-Verordnung im Hinblick auf die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die Umsetzungsphase der Aufbau- und Resilienzpläne durch formelle, strukturierte und laufende Konsultationsverfahren sicherzustellen. Darüber hinaus forderte der EWSA mehr Flexibilität bei der Projektauswahl, der Mittelzuweisung und der Zeitplanung, um eine Anpassung an die sich verändernden Umstände und neu aufkommenden Bedarf zu ermöglichen, sowie eine bessere Abstimmung der ARF auf andere europäische Investitionsinstrumente wie die Struktur- und Kohäsionsfonds und InvestEU.

*Initiativstellungnahme „**Reform- und Investitionsvorschläge und ihre Durchführung in den Mitgliedstaaten – Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft (Zyklus des Europäischen Semesters 2023-2024)**“[5] – April 2024.*

- *Während des Zyklus des Europäischen Semesters 2023-2024 konsultierte die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft in 26 Mitgliedstaaten. Ziel war es, Überlegungen und die Formulierung von Empfehlungen zu Reform- und Investitionsvorschlägen und deren Umsetzung zu fördern. Diese Konsultation erfolgte in Form eines Fragebogens und zehn Länderbesuchen („Runde Tische“) in Frankreich, der Slowakei, Slowenien, Polen, Finnland, Portugal, Griechenland, Rumänien, Zypern und Litauen. Der Schwerpunkt der Stellungnahme lag auf den Reform- und Investitionsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere den Maßnahmen auf der Grundlage der länderspezifischen Empfehlungen 2023 und ihrer Umsetzung, der Aufbau- und Resilienzpläne und der laufenden Überprüfung der EU-Vorschriften für die wirtschaftspolitische Steuerung.*
- *In der Stellungnahme wurde festgestellt, dass dank der Einbeziehung der länderspezifischen Empfehlungen in die Aufbau- und Resilienzpläne das Bewusstsein geschärft und die Umsetzung verbessert wurde. Ferner wurde hervorgehoben, dass leistungsbasierte Aufbau- und Resilienzpläne und eine stärkere nationale Eigenverantwortung zu den Schlüsselelementen bei der Umsetzung des überarbeiteten EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung und des Verfahrens des Europäischen Semesters werden sollten. Darüber hinaus sprach sich der EWSA für drei Bedingungen aus, um die Flexibilität zu erhöhen: ausreichender nationaler haushaltspolitischer Spielraum, optimale Nutzung der EU-Mittel und starke nationale*

5 ECO/631 – Reform- und Investitionsvorschläge und ihre Durchführung in den Mitgliedstaaten – Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft(Zyklus des Europäischen Semesters 2023-2024) – angenommen im April 2024.

Eigenverantwortung.

*Initiativstellungnahme **„Empfehlungen des EWSA zu den Reform- und Investitionsvorschlägen im Rahmen des Europäischen Semesters 2024/2025“**[6], auf der Grundlage des Informationsberichts **„Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten zu den nationalen Reform- und Investitionsvorschlägen und ihrer Durchführung (Europäisches Semester 2024/2025)“**[7] – April 2025*

- *Dieses Paket stellt eine Fortsetzung der Arbeit der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ dar, die auf jährlichen Konsultationen der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte, der Sozialpartner und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten zu Reform- und Investitionsvorschlägen im Rahmen des Europäischen Semesters und deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten basiert. Diese Konsultation erfolgte in Form eines Fragebogens und von acht Länderbesuchen („Runde Tische“) in Finnland, Ungarn, Polen, Italien, Irland, Lettland, Spanien und Malta. Die Konsultationen 2024-2025 in den 27 Mitgliedstaaten konzentrierten sich auf Reform- und Investitionsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere auf Maßnahmen auf der Grundlage der länderspezifischen Empfehlungen 2024, der mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne und der Fortschritte bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne.*
- *In der Initiativstellungnahme forderte der EWSA gezieltere Empfehlungen, Sensibilisierung für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, einen strukturierten Konsultationsprozess auf EU-Ebene und ein stärkeres Europäisches Semester. Der EWSA forderte die Kommission ferner auf, eine EU-Verordnung mit klaren und harmonisierten Leitlinien für die Mitgliedstaaten auszuarbeiten, wie die Interessenträger verbindlich, systematisch, strukturell und sinnvoll in die Ausarbeitung der mittelfristigen Pläne einbezogen werden können. Darüber hinaus betonte der EWSA, dass der Aufbau- und Resilienzfazilität eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung von Investitionen und Reformen zukam, und forderte eine bessere Koordinierung, Planung und Zuweisung von Ressourcen, um Verzögerungen zu überwinden, sowie gestraffte Verfahren.*
- *In dem Informationsbericht zu den länderspezifischen Empfehlungen äußerte die organisierte Zivilgesellschaft Bedenken hinsichtlich der Einbeziehung der Interessenträger und betonte die Notwendigkeit einer besseren Einbeziehung in den Dialog zwischen der jeweiligen Regierung und der Europäischen Kommission durch formalisierte und transparente Konsultationen, eine frühzeitigere Einbeziehung, mehr*

6 ECO/652 – Empfehlungen des EWSA zu den Reform- und Investitionsvorschlägen im Rahmen des Europäischen Semesters 2024/2025 – angenommen im April 2025.

7 ECO/651 – Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten zu den nationalen Reform- und Investitionsvorschlägen und ihrer Durchführung (Europäisches Semester 2024/2025) – angenommen im April 2025.

Transparenz sowie häufigere und substanziellere Dialoge, die zu konkreten Maßnahmen und Ergebnissen führen. Ähnliche Bedenken wurden in Bezug auf die mittelfristigen Pläne geäußert, wobei die organisierte Zivilgesellschaft eine stärkere Einbeziehung in die Planung, Umsetzung und Überwachung der Pläne forderte. Was schließlich die Fortschritte bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne betrifft, so forderte die organisierte Zivilgesellschaft eine bessere Koordinierung, Planung und Mittelzuweisung, um die Verzögerungen zu überwinden, Bemühungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, wie vereinfachte Verfahren, eine Verringerung unnötiger Dokumentationspflichten, die Einführung digitaler Lösungen sowie Schulungen und Kapazitätsaufbau.

Ergebnisse und Ausblick

Auch während dieses Mandats wurde bestätigt, dass die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ einen Mehrwert liefert. Einerseits organisiert die Ad-hoc-Gruppe Sitzungen und Veranstaltungen und sorgt zu wichtigen Zeitpunkten im Zyklus des Europäischen Semesters für die Ausarbeitung von Stellungnahmen, Informations- und Bewertungsberichten, die an die anderen Organe und Einrichtungen weitergeleitet werden, damit sie in den nächsten wichtigen Phasen des Zyklus berücksichtigt werden können. Dabei handelt es sich um klassische Aktivitäten, mit denen dazu beigetragen wird, die Verbindungen zu bestehenden Interessenträgern, einschließlich anderer Organe und Einrichtungen der EU sowie nationaler Wirtschafts- und Sozialräte, zu festigen. Andererseits wurde durch die Länderbesuche und die Konsultationen mittels Fragebögen die Qualität der Arbeit des EWSA verbessert. Auf diese Weise werden neue Ressourcen und Kontakte erschlossen, und die bisherigen Ergebnisse wurden positiv aufgenommen, auch außerhalb des EWSA. Durch die Organisation von Konsultationen in mehreren Ländern über ihr Mitgliedernetzwerk konnte die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ eine neue Perspektive auf das Europäische Semester eröffnen. Das Verfahren des Semesters ist durch einen straffen Zeitplan gekennzeichnet, was sich auf die Konsultation der Vertreter der Zivilgesellschaft auswirkt. Dank der Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im jeweiligen Land und unter Verwendung der jeweiligen Landessprache hat die Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ die Möglichkeit, Mechanismen zu etablieren, mit denen sichergestellt wird, dass eine Vielzahl von Interessenträgern rechtzeitig konsultiert wird, sodass etwas bewirkt werden kann.

Das Europäische Semester hat sich zu einem soliden und gut etablierten Instrument für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU und die Abstimmung mit den Mitgliedstaaten entwickelt und wird derzeit weiter ausgebaut. Der EWSA bildet im Konsultationsprozess in den Mitgliedstaaten ein bedeutendes Verbindungsglied zwischen der Kommission und der organisierten Zivilgesellschaft, indem er die sozioökonomische Realität besser mit dem Reformprozess verknüpft. Der EWSA forderte die Kommission nachdrücklich auf, die Struktur und den Zeitplan des Europäischen Semesters zu überarbeiten, damit zur Verbesserung der Transparenz Schnittstellen mit dem Koordinierungsinstrument für Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden können. Alle beteiligten Akteure (Unionsorgane, nationale Regierungen, Parlamente, lokale Behörden, Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen) müssen in die Lage versetzt werden, ihre jeweilige Rolle im Prozess des Europäischen Semesters uneingeschränkt wahrzunehmen.

Der nächste Schritt besteht darin, das Semester in einem breiteren Kontext zu betrachten und die Änderungen zu ermitteln, die erforderlich sind, um es im derzeitigen schwierigen geopolitischen und sozioökonomischen Kontext zu einem noch stärkeren Instrument für die wirtschaftspolitische Steuerung zu machen. Diese Herausforderung wird sich im Arbeitsprogramm 2025-2027 der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ niederschlagen, das nach der Neubesetzung angenommen werden soll.

Anhang – Wichtige Statistiken

	Stand 25. April 2023	2024	bis 20. September 2025	Gesamt
Sitzungen von Studiengruppen (Stellungnahmen)	4	6	7	17
Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ in Brüssel	3	5	4	12
Länderbesuche und Konsultationen	6	13	4	23[8]
Konferenzen und Anhörungen, die von der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ durchgeführt wurden bzw. werden	1	1	1	3

Eine umfassende Bewertung über einen Zeitraum von fünf Jahren finden Sie auch im Bericht zum Mandatsende der Ad-hoc-Gruppe „Europäisches Semester“ für den Zeitraum 2020-2023.

8 Deutschland, Italien, Lettland, Portugal, Rumänien (ECO/607) und Frankreich (ECO/631)

Slowakei, Slowenien, Polen, Finnland, Portugal, Griechenland, Rumänien, Zypern, Litauen (ECO 631) und Finnland, Ungarn, Italien, Polen (ECO/651)

Irland, Lettland, Spanien, Malta (ECO/651)